

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

48. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 10 · 24. November 2017

Flughafen Köln/Bonn

Angebliche Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung des Flughafens Köln/Bonn haben im Landtag eine heftige Debatte über die Zukunft des zweitgrößten Airports in Nordrhein-Westfalen ausgelöst. S. 3

Plenum

In der Plenarsitzung Mitte November debattierten die Abgeordneten über zahlreiche Themen, darunter das „Entfesselungspaket“ der Landesregierung, das Kita-Gesetz und die Schulsozialarbeit. S. 6

Landesbauordnung

Die Landesbauordnung war Thema einer Sachverständigenanhörung im zuständigen Fachausschuss. Die Landesregierung will das Gesetz prüfen und dessen Inkrafttreten um ein Jahr aufschieben. S. 9-11

Siebenbürger Sachsen

Während einer Feierstunde im Landtag haben das Land und die Siebenbürger Sachsen an die Anfänge ihrer Partnerschaft vor 60 Jahren erinnert. 250 Gäste waren in den Plenarsaal gekommen. S. 16



Diskussion eröffnet Landesregierung bringt Etat ein

INHALT



Foto: Schälte

Diskussion um Landesbauordnung

Sachverständige äußern sich in Anhörung über möglichen Aufschub	S. 9
Standpunkte	S. 10

Vorwurf gegen Geschäftsführung

Abgeordnete debattieren über Flughafen Köln/Bonn	S. 3
--	------

Debatte um neuen Haushalt

Etat für 2018 im Landtag eingebracht	S. 4
---	------

Aus dem Plenum

Meldungen	S. 6
-----------------	------

Gesetzgebung S. 8

Aus den Fraktionen S. 12

Aus den Ausschüssen

Meldungen	S. 14
-----------------	-------

Im Porträt

Angela Freimuth (FDP)	S. 15
-----------------------------	-------

Kurz notiert S. 16

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam), Susanne Ellert (ell), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2107 (ell), 884-2309, 884-2304 (tob), (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Marc Herter (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Montag, 20. November, 14 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Vorwurf gegen Geschäftsführung

Abgeordnete debattieren über Flughafen Köln/Bonn

16. November 2017 – Der Landtag hat sich auf Antrag der Grünen-Fraktion in einer Aktuellen Stunde mit der Beurlaubung des Geschäftsführers des Flughafens Köln/Bonn befasst. Dabei ging es auch um die Ernennung des früheren CDU-Politikers Friedrich Merz zum neuen Aufsichtsratschef.

Die Personalie Merz erwecke im Zusammenhang mit Vorwürfen gegenüber der Geschäftsführung des Flughafens den Eindruck, „dass die notwendige Aufklärung interner Verfehlungen durch den Austausch des Aufsichtsratsvorsitzenden verhindert werden soll“, heißt es im Antrag der Fraktion (17/1158). Ein in Auftrag gegebener Prüfbericht liste „eine ganze Reihe gravierender Verstöße“ der Geschäftsführung auf. Dadurch sei dem Flughafen ein größerer finanzieller Schaden entstanden, der sich laut Medienangaben auf mehr als eine Million Euro beläuft. Das Land ist Miteigentümer des Flughafens.

Arndt Klocke, Vorsitzender der Grünen-Fraktion, kritisierte, dass die Landesregierung Friedrich Merz zum neuen Aufsichtsratschef des Flughafens Köln/Bonn ernennen wolle. Mit dieser Personalentscheidung habe Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) „kein gutes Händchen“ bewiesen. Diskutiert werde derzeit am Flughafen darüber, ob der Bund seine Anteile als Miteigentümer veräußere. Die Landesregierung müsse Stellung dazu beziehen, ob die Anteile an „internationale Finanzinvestoren“ verkauft werden sollen oder das Land NRW sie übernehmen wolle. Fraglich sei, warum Merz „gerade in dieser Situation“ in den Aufsichtsrat „installiert“ werde.

Klaus Voussemer (CDU) sagte, dass das Land NRW ein „hohes Interesse“ an einer lückenlosen Aufklärung der Vorgänge am Flughafen

Köln/Bonn habe. Die Vorwürfe der Grünen-Fraktion bezüglich der Personalie Merz seien allerdings „nichts als ein untauglicher Versuch einer politischen Skandalisierung“. Den früheren CDU-Politiker als Chef des Aufsichtsrats zu ernennen, sei „eine sehr gute Wahl“. Merz sei ein „ausgewiesener Fachmann mit betriebswirtschaftlichem und juristischem Sachverstand“. Den Vorwurf, dass die Personalie Merz die transparente Aufklärung der Vorgänge am Flughafen Köln/Bonn verhindere, wies Voussemer als „absurd“ zurück.

Aufklärung gefordert

Martin Börschel (SPD) warf der Landesregierung vor, mit der Berufung von Friedrich Merz zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden einen „schweren politischen und inhaltlichen Fehler“ zu begehen. Die Landesregierung habe mit den zwei weiteren Plätzen im Aufsichtsrat ausreichend Einfluss, um in das Gremium hineinzuwirken. Eine Neubesetzung des Aufsichtsratsvorsitzes sei nicht klug. Börschel stellte die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen der Ernennung von Friedrich Merz, der Aufklärung der Vorwürfe gegen die Geschäftsführung und den künftigen Plänen der Landesregierung für den Flughafen Köln/Bonn gebe.

Bodo Middeldorf (FDP) sagte, der Vorwurf der Verschleierung sei haltlos. Der Vorstoß der

Grünen sei nicht „vom Motiv der Sachaufklärung geleitet“, sondern diene allein dem Zweck, die Person Friedrich Merz zu beschädigen. Die Vorwürfe gegen den Geschäftsführer seien gravierend und bedürften einer umfassenden Aufklärung. Dem sei der Aufsichtsrat auch nachgekommen, da dieser einstimmig für die Beurlaubung des Geschäftsführers gestimmt habe. Die Aufklärungsarbeit sei von der Neubesetzung des Aufsichtsratsvorsitzenden klar zu trennen. Die Landesregierung wolle die guten internationalen Kontakte von Friedrich Merz für den Flughafen nutzen.

Roger Beckamp (AfD) sprach von „Ränkespielen“ zwischen CDU und SPD, bei denen sich die Grünen zum „Büttel der SPD“ gemacht hätten. Daran werde sich seine Fraktion nicht beteiligen. Im Nachgang der Landtagswahl werde versucht, „Leute öffentlich zu beschädigen“. Der Austausch von Personen bei veränderten Mehrheiten sei aber völlig normal. Bei der Personalie Friedrich Merz jedoch müsse die Frage erlaubt sein, ob dieser angesichts seiner vielen Mandate überhaupt eine weitere Aufgabe übernehmen könne.

Die Landesregierung habe großes Interesse an der Aufklärung der Vorwürfe, sagte Verkehrsminister **Hendrik Wüst** (CDU). Sie werde die Arbeit durch ihre Mitglieder im Aufsichtsrat „vollumfänglich unterstützen“. Daran werde sich auch durch die Auswechslung ihres dritten Aufsichtsratsmitglieds nichts ändern. Regierungswechsel seien immer auch Personalwechsel, Neubesetzungen „geübte Praxis und legitim“. Friedrich Merz habe viel Erfahrung in diesen Gremien. Er werde helfen, die Arbeit „professionell fortzusetzen“, und auch die Aufklärungsarbeit „professionell anführen“, betonte der Verkehrsminister.

ell, tob, zab



Foto: Flughafen Köln/Bonn

Heftiger Schlagabtausch über die

15. November 2017 – Einen Haushaltsentwurf ohne Neuverschuldung – das hatte es in Nordrhein-Westfalen zuletzt 1973 gegeben. Für 2018 hat die Landesregierung von CDU und FDP nun wieder einen Etatentwurf vorgelegt, mit dem sie plant, nicht mehr Geld auszugeben als eingenommen wird. In der ersten Lesung diskutierten Koalition und Opposition, wessen Verdienst der ausgeglichene Haushalt ist.

Grundlagen der Debatte waren unter anderem der Entwurf für das „Haushaltsgesetz 2018“ ([17/800](#)) und die „Finanzplanung 2017-2021“ ([17/801](#)). „Zusätzliche Mittel in nennenswertem Umfang“, heißt es, sollen in folgende Bereiche fließen: Bildung, Innere Sicherheit, Breitbandausbau, Digitalisierung, Verkehr und Integration. Gespart werden sollen 131 Millionen Euro vornehmlich bei Förderprogrammen aus unterschiedlichen Landesressorts.

Finanzminister [Lutz Lienenkämper](#) (CDU) sagte, mit dem ersten schuldenfreien Haushalt seit 1973 werde die Landesregierung den politischen Aufbruch des Landes flankieren. Er kündigte an, dass alle regulären Haushalte dieser Wahlperiode ohne eine Neuverschuldung auskommen sollen. Das sparsame Wirtschaften werde „zur DNA dieser Landesregierung“. Zugleich würden bei Investitionen die richtigen Impulse gesetzt und es werde das notwendige Geld zur Verfügung gestellt, damit das Land

wieder nach vorne gebracht werden könne. Die Finanzpolitik von CDU und FDP sei „geplant, verlässlich und ehrlich“. Sie bestehe aus dem Dreiklang „Konsolidieren, Modernisieren, Investieren“. Ziel sei, das alte nordrhein-westfälische Versprechen des Aufsteigerlandes einzulösen: dass es jedem, der lerne und hart arbeite, gut gehen solle.

„Fantasiezahl“

SPD-Fraktionschef [Norbert Römer](#) kritisierte: Erben sei keine Leistung. Die Regierung habe von der rot-grünen Vorgängerin „robustes Wirtschaftswachstum und solide Finanzen, Steuereinnahmen auf Rekordniveau und die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 25 Jahren geerbt“. Vor der Wahl habe die damalige Opposition hohe Erwartungen geweckt und viele Versprechen abgegeben, von denen sie gewusst habe, dass sie diese niemals einhalten könne. Als Beispiele nannte Römer die Pauschale des Bundes zur Integration von Flüchtlingen, die nicht wie gefordert an die Kommunen weitergeleitet und den Pensionsfonds für Beamtinnen und Beamte, der nicht wie gefordert aufgestockt werde. Zudem seien die geplanten 100 Millionen Euro für die Universitäten aus Gebühren ausländischer Studierender eine „reine Fantasiezahl“.

Man wolle NRW wieder zu einem Aufsteigerland machen, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender [Bodo Löttgen](#). Dieses Ziel habe man mit dem

Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU)



Norbert Römer (SPD)

Haushaltsentwurf fest im Blick. Das Land wieder in die Spitzengruppe zu führen, sei Anspruch und Ziel der NRW-Koalition. Er wies darauf hin, dass zur geplanten Konsolidierung des Haushalts „gute und stabile Steuereinnahmen“, aber auch „Einsparerfolge“ sowie eine „umsichtige Ausgabenpolitik“ beigetragen hätten: „Sparen und die Zukunft aktiv gestalten, das geht zusammen.“ Daher würden z. B. 2.048 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, 1.135 neue Stellen in der Justiz sowie 500 Stellen für die Polizeiverwal-



geplante schwarze Null



Fotos: Schälte

Bodo Löttgen (CDU)

Monika Düker (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Markus Wagner (AfD)

ung geschaffen. Der „Verzicht auf eine weitere Neuverschuldung des Landes“ sei „das Ergebnis einer verantwortungsbewussten und maßvollen Haushaltspolitik der NRW-Koalition“.

„Politikwechsel“

Grünen-Fraktionschefin **Monika Düker** warf der Landesregierung vor, ihr Programm von Maß und Mitte verkomme „zu Mutlosigkeit, Rückschritt und Modernisierungsverweigerung“. CDU und FDP litten unter einem „kollektiven Gedächtnisverlust“, wenn nun nicht mehr die Rede davon sei, dass Neuausgaben mit Einsparungen finanziert werden sollten. Zudem gebe es keine klare Aussage, wie Schulden in Zukunft abgebaut werden sollten. Fehlende Investitionen in die Liegenschaften würden sich in der Zukunft rächen. Mit Kürzungen beim Sozialticket würde Politik auf Kosten der Schwächsten gemacht. An der Braunkohle festzuhalten, sei keine Modernisierung, sondern rückwärtsge wandte Politik. „Was Sie uns vorgestellt haben, ist eben kein Gestaltungsplan. Hier wird keine Vision von NRW in den nächsten Jahren formuliert.“

Die NRW-Koalition wolle das Land sicherer, moderner und chancenreicher machen, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Dies sei

am Haushalt erkennbar. Erstmals seit 1973 lege eine Landesregierung wieder einen ausgeglichenen Etat vor. CDU und FDP hätten die von der SPD im Stich gelassenen Kitas gerettet. Die SPD habe „sieben Jahre lang auf eine grundlegende Reform der Kita-Finanzierung verzichtet, aber regelmäßig über die Notwendigkeit geredet“. Rasche sprach von einem „Politikwechsel“. Auch in der Wirtschaftspolitik hätten sich wesentliche Änderungen vollzogen. Es gehe nicht mehr darum, etwas zu verhindern, sondern darum, etwas zu ermöglichen. In der Energiepolitik sei ein „Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie“ erforderlich. Auch in der Verkehrspolitik sei eine Trendwende eingeleitet worden.

Entscheidend für die „schwarze Null“ sei die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, sagte **Markus Wagner**, Vorsitzender der AfD-Fraktion. Davon habe die Landesregierung profitiert. Sparer würden „geschröpft“, Steuerzahler „ausgenommen“. Außerdem beklagte Wagner eine „katastrophale Verschlechterung der Sicherheitslage“ speziell in Köln und wies auf den schlechten Zustand vieler Polizeiwachen im Land hin, auf „Schimmel und Schädlingsbefall“. Die Polizei brauche „akzeptable Rahmenbedingungen“. Dazu gehörten auch „Toiletten-Lastwagen“ bei Demonstrationen. Der „Investitionsstau“ sei über Jahre hinweg

entstanden, insbesondere unter der rot-grünen Landesregierung. Die neue Landesregierung müsse der Sanierung maroder Polizeiwachen oberste Priorität einräumen. Dieser Wille sei im Haushalt nicht erkennbar.

Das Haushaltsgesetz 2018 wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) überwiesen.

ell, sam, tob, wib, zab

Die Landesregierung von CDU und FDP legt mit dem Entwurf für den Haushalt 2018 ihren ersten regulären Etat vor. Erstmals seit 1973 ist geplant, keine neuen Schulden aufzunehmen. Das Gesamtvolumen des Etats umfasst 74,5 Milliarden Euro (2017: 73,9 Mrd.). Schwarz-Gelb plant mit Steuereinnahmen in Höhe von 58 Milliarden Euro (56,2 Mrd.). 131 Millionen Euro sollen in den verschiedenen Ressorts eingespart werden. 7,1 Milliarden Euro (6,9 Mrd.) werden investiert. Schwerpunkte sind dabei die Bereiche Innere Sicherheit, Verkehr, Bildung, Digitalisierung, Integration und Kultur. So sollen 58,2 Millionen Euro in eine verbesserte Polizeiausstattung fließen, 38,35 Millionen Euro mehr werden für den Erhalt von Landesstraßen eingeplant, für den Breitbandausbau (schnelles Internet) 220 Millionen Euro. Laut der Mittelfristigen Finanzplanung soll 2019 ein Überschuss von 30 Millionen Euro ausgewiesen werden, ab 2020 sollen es Haushaltsüberschüsse von mehr als einer Milliarde Euro sein.



AUS DEM PLENUM

Wirksamkeit der Mietpreisbremse

15.11.2017 – Der Landtag hat über den Antrag der Grünen-Fraktion „Wirksamkeit der Mietpreisbremse erhöhen – Kein Kahlschlag beim Schutz von Mieterinnen und Mietern“ (17/1118) beraten. Im Antrag fordert die Grünen-Fraktion, von der Abschaffung der Mietpreisbremse abzuweichen. Eine Abschaffung der Mietpreisbremse, wie die Landesregierung sie plane, sei nicht sinnvoll. Auch bei den Kommunen und Mietervereinen stoße dieser Plan auf Unverständnis, heißt es im Antrag. Die Mietpreisbremse habe ihre Wirkung bisher nicht entfalten können, da gesetzliche Regelungen, wie die Verpflichtung zur Offenlegung der Vormiete, fehlten. Auch dürfe die Modernisierungumlage nicht dazu führen, dass durch Sanierungen Mieterinnen und Mieter verdrängt würden. Die Grünen-Fraktion fordert in dem Antrag die Landesregierung auf, die Mietpreisbremse nicht abzuschaffen und diese stattdessen auf ihre Wirksamkeit hin zu prüfen und zu verschärfen. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen.

Handwerk im digitalen Zeitalter

15.11.2017 – Der Landtag hat sich mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktion von CDU und FDP „Wer Zukunftschancen schafft, hat Zukunftschancen verdient – Das nordrhein-westfälische Handwerk bei seinem Weg im digitalen Zeitalter unterstützen“ (17/1115) beschäftigt. Auf Basis der Empfehlungen der Enquetekommission zur Zukunft von Handwerk und Mittelstand der 16. Wahlperiode sollen die Wachstums- und Zukunftschancen des Handwerks gestaltet werden. Unter anderem solle die Gewerbeförderung möglichst bürokratiearm ausgestaltet werden, die digitalen Fähigkeiten der Bildungszentren des Handwerks gestärkt und die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung erleichtert werden. Zur Unterstützung dieser Maßnahmen

soll ein Runder Tisch aus Landesregierung und Handwerksorganisationen eingerichtet werden. Die Fraktion der Grünen stellte einen Entschließungsantrag zum Thema. Sie betont darin, dass in der letzten Legislaturperiode bereits entscheidende Schritte unternommen worden seien. Die Fraktion fordert die Fortsetzung und Weiterentwicklung der „Handwerksinitiative NRW“. Unterstützt werden müssten Handwerksunternehmen auch bei der Betriebsübergabe, da die bisherigen Regelungen oft unüberschaubar seien. Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP sowie der Entschließungsantrag (17/1210) der Grünen wurden an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen.

Nächtliche Abschiebungen

16.11.2017 – Der Landtag hat über den Antrag der Grünen-Fraktion „Nächtliche Abschiebungen und Rücküberstellungen von Familien mit Kindern verhindern“ (17/797) beraten. Hintergrund war der Fall einer Familie, die im Rahmen des Dublin-Verfahrens im Juni 2017 in der Nacht rücküberstellt wurde. Das Vorgehen widerspreche einem Erlass der rot-grünen Vorgängerregierung, demzufolge Abschiebungen „grundsätzlich unter Ausschöpfung entsprechender Handlungsspielräume nicht in der Zeit zwischen 21 und 6 Uhr begonnen werden sollen“. Die Grünen forderten die Landesregierung auf, die Umsetzung des Erlasses sicherzustellen. Die Landesregierung hatte bereits im Integrationsausschuss erklärt, dass der Erlass nach wie vor gelte, sie jedoch auf die Rahmenbedingungen der Rücküberstellungen nach dem Dublin-Abkommen, z. B. die Abflugzeiten der rückführenden Maschinen, keinen Einfluss habe. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Entfesselungspaket

16.11.2017 – In erster Lesung hat der Landtag über das „Gesetz zum Abbau unnötiger und

belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I“ (17/1046) der Landesregierung beraten. Der Entwurf sieht u. a. neue Regelungen für die Ladenöffnungszeiten in Nordrhein-Westfalen vor. So soll die Anzahl verkaufsoffener Sonntage von vier auf acht erhöht werden. Die Öffnungszeiten an Samstagen werden nicht mehr begrenzt – Geschäfte dürfen demnach an sechs Tagen der Woche 24 Stunden lang öffnen. Die Landesregierung von CDU und FDP will das Tarifreue- und Vergabegesetz überarbeiten und die von der rot-grünen Vorgängerregierung eingeführte sogenannte Hygiene-Ampel für Lebensmittelbetriebe wieder abschaffen. Geplant ist auch die Möglichkeit, ein Gewerbe vollständig auf elektronischem Weg anzumelden. Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen.

Kita-Rettungspaket

16.11.2017 – Der Landtag hat das „Gesetz zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen“ in zweiter Lesung verabschiedet. Die finanzielle Situation vieler Kindertageseinrichtungen sei „äußerst angespannt“, heißt es im von der Landesregierung eingebrachten Gesetz (17/751). Durch ein Rettungspaket sollen Kita-Träger in den Kindergartenjahren 2017/2018 und 2018/2019 finanziell entlastet werden. Die Landesregierung hat dazu 500 Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2017 veranschlagt. In Zukunft soll mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber verhandelt werden, wie die Finanzierung von Kitas in NRW dauerhaft gesichert werden kann. Der Landtag ist bei seiner Abstimmung einer Beschlussempfehlung und einem Bericht des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend gefolgt (17/1132). Das Kita-Rettungspaket wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen angenommen.



Grenzen abbauen

16.11.2017 – Die Fraktionen von CDU und FDP möchten u. a. das grenzüberschreitende Arbeiten in den Niederlanden und Belgien erleichtern. Es gebe in den Euregios viele Kooperationen, allerdings existierten noch „grenzbezogene Hemmnisse“, die beseitigt werden müssten, um „sowohl die Wirtschaftskraft als auch das Beschäftigungsniveau“ zu stärken, heißt es in dem Antrag (17/1113). Die Landesregierung solle sondieren, wie Probleme bei der gegenseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen abgebaut werden können. Ausbildungen sollen so angepasst werden, dass später ein Arbeiten auf beiden Seiten der Grenze möglich sei. Außerdem sollen Kooperationen von Schulen und Hochschulen unterstützt sowie ein Tag der niederländischen Sprache in Schulen und Kommunen im grenznahen Raum angeboten werden. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Europa und Internationales überwiesen.

Schulsozialarbeit

17.11.2017 – Der Landtag hat sich mit dem Thema „Schulsozialarbeit“ befasst. Anlass war ein Antrag der SPD-Fraktion („Zukunftskonzept Schulsozialarbeit erarbeiten“, 17/1121). „Von allen demokratischen Fraktionen des Landtags Nordrhein-Westfalen wird Schulsozialarbeit nicht nur als wichtig, sondern als unverzichtbar betrachtet“, heißt es in dem Antrag. Dies habe eine Parlamentsdebatte im Oktober gezeigt. Ziel der Schulsozialarbeit sei es, die Teilhabe und soziale Inklusion aller Kinder zu ermöglichen. Sie basiere auf „unterschiedlichen Maßnahmen und vielfältigen Aufgabenstellungen in einem komplexen Finanzierungsgeflecht“. Oft bleibe unklar, wo Verantwortungen und Zuständigkeiten liegen. Die Landesregierung solle deshalb ein „Zukunftskonzept Schulsozialarbeit“ erarbeiten

und dem Landtag zur Diskussion vorlegen. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Nichtraucherchutz

17.11.2017 – Der Landtag hat mehrheitlich einen Gesetzentwurf der AfD-Fraktion zum Nichtraucherchutz abgelehnt („Gesetz zur Stärkung der persönlichen Freiheit im Rahmen des Nichtraucher Schutzes in Nordrhein-Westfalen“ (17/73). Der Schutz der Nichtraucher vor passivem Rauchen sei „zweifelsfrei ein wichtiges und schützenswertes Anliegen“, so die Fraktion. Mit der seit 1. Mai 2013 geltenden Fassung des Nichtraucher Schutzgesetzes sei NRW jedoch „weit über das Ziel hinausgeschossen“. Das Rauchverbot in der Gastronomie stelle einen „unverhältnismäßig schwerwiegenden Eingriff in das Eigentumsrecht der Gastwirte“ dar. Es führe zu „massiven Umsatzeinbußen“. Andere Bundesländer hätten Ausnahmen für Kleingaststätten und Lokale mit separaten Raucherräumen vorgesehen. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt.

Brexit-Beauftragter

17.11.2017 – Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Landtag in einer Aktuellen Stunde über das Thema „Kann der Multilobbyist Friedrich Merz die Interessen von Nordrhein-Westfalen beim Brexit vertreten?“ (17/1159) diskutiert. Der Hintergrund: Die Landesregierung hatte beschlossen, Friedrich Merz ab 1. Januar 2018 zum „Beauftragten für die Folgen des Brexit und die transatlantischen Beziehungen“ zu ernennen. Er soll u. a. Vermittler und Ansprechpartner für Unternehmen sein. Großbritannien hatte entschieden, die Europäische Union zu verlassen. Im Antrag der SPD-Fraktion zur Aktuellen Stunde heißt es, es sei offen, auf welche

Weise Merz die Interessen des Landes vertreten solle, ohne dabei in Konflikte und Interessens-kollisionen mit seinen anderen Mandaten und Funktionen für Unternehmen zu geraten.

In der Debatte sagte **Thomas Kutschaty** (SPD), die Landesregierung lasse jede Art von Fingerspitzengefühl vermissen und gebe die Interessen des Landes in die Hände von Lobbyisten. Ein Thema wie der Brexit müsse Chefsache in den Ministerien sein und dürfe nicht an Externe delegiert werden. **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) sagte, Friedrich Merz verfüge über internationale Erfahrung und als Vorsitzender der Atlantikbrücke über beste Verbindungen in den anglo-amerikanischen Raum. Nordrhein-Westfalen brauche „Niveau statt Nörgerei“, um der besonderen Herausforderung des Brexit gerecht zu werden. **Monika Düker** (Grüne) zählte Mandate und Funktionen auf, die Merz in Unternehmen ausübe, und sah einen Interessenskonflikt beim „Diener mehrerer Herren“: Als Mitglied in Aufsichtsräten sei er Unternehmensinteressen verpflichtet, als Beauftragter der Landesregierung zuallererst dem Gemeinwohl.

Thomas Nückel (FDP) sagte, die Opposition unternehme den untauglichen Versuch einer Skandalisierung. NRW habe enge Beziehungen zu Großbritannien und der Brexit werde Auswirkungen haben, die noch nicht abzuschätzen seien. Merz als „anerkannte Persönlichkeit mit hohem Sachverstand“ sei der richtige Mann. **Markus Wagner** (AfD) sagte, er hoffe, dass der wirtschaftspolitische Sachverstand und die marktwirtschaftliche Orientierung von Friedrich Merz dazu führten, einen harten Brexit zu verhindern, der nur dazu dienen solle, ein Exempel an Großbritannien zu statuieren. Der Beauftragte werde die Landesregierung u. a. bei der Bewältigung der Herausforderung des Brexits unterstützen, sagte Minister **Dr. Stephan Holthoff-Pförtner** (CDU). Die zentrale Voraussetzung dafür sei ein breites Netzwerk aus wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Kontakten.



GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) | [17/800](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 15. November 2017 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Überleitung der vorhandenen Konrektorinnen und Konrektoren von Grundschulen und Hauptschulen (Haushaltsbegleitgesetz 2018) | [17/1111](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 15. November 2017 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2018 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 – GFG 2018) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes | [17/802](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 15. November 2017 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss | Anhörung am 24. November 2017

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen | [17/1128](#) | AfD | 1. Lesung am 15. November 2017 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fraktionsgesetzes | [17/1117](#) | CDU, SPD, FDP, Grüne | 1. Lesung am 15. November 2017 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I | [17/1046](#) | Landesregierung | 1. Lesung

am 16. November 2017 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

Gesetz zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen | [17/751](#) und [17/1132](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 16. November 2017 | angenommen

Gesetz zur Stärkung der persönlichen Freiheit im Rahmen des Nichtraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen | [17/73](#) | AfD | 2. Lesung am 17. November 2017 | abgelehnt

Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/492](#) und [17/1134](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 16. November 2017 | angenommen

Gesetz über das Verbot der Gesichtverschleierung in öffentlichen Gebäuden in Nordrhein-Westfalen | [17/522](#) | AfD | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Gebührenfreiheit der Hochschulen des Landes NRW – Gebührenfreiheitsgesetz | [17/85](#) | SPD | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen | [17/750](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/493](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Diskussion um Landesbauordnung

Sachverständige äußern sich in Anhörung über möglichen Aufschub

Foto: Schälte



10. November 2017 – Die im Dezember 2016 vom Landtag mehrheitlich beschlossene Bauordnung soll ein Jahr später als geplant in Kraft treten. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor. Ursprünglich sollte sie vom 28. Dezember 2017 an gelten. Die SPD-Fraktion dagegen lehnt einen Aufschub („Moratorium“) ab. In einer Anhörung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen haben sich Sachverständige geäußert.

Ziel sei es, „dass das Bauen durch Entbürokratisierung, die Vermeidung von Baukostensteigerung und Verfahrensdigitalisierung vereinfacht, beschleunigt und somit gefördert wird“, heißt es im Gesetzentwurf der Landesregierung („Gesetz zur Änderung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen“, 17/493). Die Landesbauordnung müsse auf diese Zielsetzungen hin kritisch überprüft werden. Aus diesem Grund solle das Inkrafttreten um ein Jahr aufgeschoben werden.

Die SPD-Fraktion ist dagegen. Für ein einjähriges Moratorium bestehe kein Anlass, schreibt sie in ihrem Antrag „Vernunft statt Vergangenheit: Finger weg von der neuen Landesbauordnung!“ (17/512). Zentrale Vorschriften betreffen den vorbeugenden Brandschutz und den stärkeren Einsatz von Holz. Zudem solle sichergestellt werden, dass Gebäude und Wohnungen auch von Senioren und Menschen mit Behinderung sicher genutzt werden können. Verfahrensregelungen seien gestrafft worden.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW (Städtetag, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund) bedauert das geplante Moratorium. Bereits seit Anfang 2017 hätten die Behörden „intensive Vorbereitungen zur Anpassung der Verwaltungsabläufe sowie Schulungen des Personals vorgenommen“. Es liege auch im Interesse der Kommunen, das Bauen schneller zu ermöglichen. Die „angespannte Personalsituation“ bei den unteren Bauaufsichtsbehörden setze diesem Ziel jedoch „natürliche Grenzen“.

Der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland-Westfalen dagegen begrüßt den Gesetzentwurf der Landesregierung „ausdrücklich“. Viele Vorgaben der Novelle machten das Bauen „noch komplizierter und langwieriger und führen nachweislich zu weiteren erheblichen Baukostensteigerungen“, heißt es in einer Stellungnahme des Verbands für den Ausschuss. Grundsätzlich müsse sich die Landesbauordnung stärker an der Musterbauordnung orientieren – eine Forderung, die die Architektenkammer NRW teilt: Die „Vielzahl von landesspezifischen Abweichungen“ sei ein „Baukostentreiber“.

„Kostensteigerungen“

Ähnlich äußerten sich der Eigentümerverband „Haus & Grund NRW“, der Bauindustrieverband NRW sowie der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW, Landesverband Nordrhein-Westfalen) in ihren Stellungnahmen. „Mit der im Dezember beschlossenen Landesbauordnung wurden Vorschriften ins Gesetz aufgenommen oder geändert, die zu Kostensteigerungen führen

würden“, schreibt „Haus & Grund“. So werde eine rollstuhlgerechte Wohnung bei Neubauten bereits bei mehr als acht Wohnungen, die zweite bei mehr als 15 verlangt. Dies gehe „über den tatsächlichen Bedarf hinaus und verteuert den Neubau von Wohnungen deutlich“. Der BFW schreibt: „Das Moratorium ist aus Sicht der mittelständischen Wohnungs- und Immobilienwirtschaft kein Rückschritt, sondern die Chance und dringende Notwendigkeit, kosten- auslösende Auflagen im Wohnungsbau auf ihre Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit zu prüfen.“

Der Sozialverband VdK wiederum lehnt die Verschiebung und eine erneute Überprüfung ab: „Für die Betroffenen bedeutet das Moratorium ein weiteres verlorenes Jahr, in dem keine neuen barrierefreien Wohnungen entstehen. Für Bauherren wird die ohnehin bestehende Unsicherheit, welche Regeln zu beachten sind, noch verstärkt.“ Zudem sei barrierefreies Bauen nicht teurer als konventionelles Bauen. Die 2016

novellierte Bauordnung enthalte „deutliche Verbesserungen“ beim barrierefreien Bauen. Sie dürften nicht zurückgenommen oder abgeschwächt werden. Der Verein „Selbstbestimmt Leben“ fordert eine „sofortige Sicherstellung des barrierefreien Bauens ohne Moratorium“.

Ein Moratorium führe stets zu Rechts- und Planungsunsicherheiten, so der Mieterbund NRW. Dies könne dazu führen, dass der Neubau von Wohnraum nicht beschleunigt, sondern verlangsamt werde. Mit Blick auf die Zukunft könne es sinnvoll sein, alle Wohnungen barrierefrei zu planen. Der Mieterbund regt die Einrichtung einer zentralen kommunalen Stelle an, bei der alle barrierefreien Wohnungen sowie der Bedarf registriert werden. Kommunen sollten so nicht nur öffentlich geförderte barrierefreie Wohnungen vermitteln, sondern auch frei finanzierte.

zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema Landesbauordnung



Die Landesbauordnung ...

... ist in unserem Land die Grundlage für sicheres, qualitatives, barrierefreies, familienfreundliches und generationengerechtes Bauen. Der Brandschutz, die Standsicherheit von Gebäuden sowie die gegenseitige Rücksichtnahme werden darin geregelt. Die Landesbauordnung sichert damit die Lebens- und Wohnqualität der Menschen in unserem Land.

... regelt die Grundlagen des Bauens in NRW. Sie ist das Ergebnis eines intensiven und vielfältigen Beratungsprozesses mit ganz unterschiedlichen Akteuren: Architekten und Bauingenieuren, Fachverbänden und Bauexperten, Bau-, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Feuerwehren, Hochschulen und Kommunen sowie den Interessenverbänden von Menschen mit Behinderungen.

Ein Moratorium ...

... in den Landtag einzubringen bedeutet, die gesetzliche Grundlage der Landesbauordnung um ein Jahr aufzuschieben. Diese Zeit soll genutzt werden, um die Landesbauordnung auf Vorschriften hin zu untersuchen, die das Bauen verteuern, verkomplizieren und verlängern. Die überarbeitete Vorschrift soll das Bauen günstiger, leichter und schneller machen.

... führt zu Unsicherheit bei Investoren und Bauherren. Es hemmt Investitionen und verzögert die Einführung wichtiger Neuerungen und Erleichterungen beim Bauen, beim Brandschutz, bei der Barrierefreiheit und bei der Verwendung des ökologisch wertvollen Baustoffes Holz. Skandalös, dass die Landesregierung das Gesetz aussetzt, ohne bislang eigene konkrete Änderungsvorschläge vorzulegen.

Barrierefreie Wohnungen ...

... sind ein wichtiger Baustein für ein inklusives, selbstbestimmtes und generationengerechtes Leben. Durch die Überarbeitung der Landesbauordnung und ein zeitlich gestuftes Maßnahmenpaket, werden wir sicherstellen, dass ausreichend barrierefreier Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.

... sind Mangelware in Nordrhein-Westfalen. Die wichtigen Fortschritte für das barrierefreie Bauen mit der LBO 2016 anzuhalten und rückgängig zu machen, ist sozialpolitisch unverantwortlich. Es stellt zugleich eine Missachtung der von der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2009 unterzeichneten UN-Menschenrechtskonvention für Menschen mit Handicap dar.

Beschleunigtes Bauen ...

... ist ein wichtiger Faktor, um die Wohnungsknappheit insbesondere in Ballungsräumen und Universitätsstädten zu bekämpfen und ein bedarfsgerechtes Wohnraumangebot für die Bürger sicherzustellen. Vereinfachte, rechtssichere Vorschriften sollen Anreize für die Bauwirtschaft setzen, um schnellstmöglich den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu beheben.

... ist wünschenswert. Dafür sind die genaue Prüfung von Bauanträgen und die Abstimmung mit allen Akteuren notwendig. Auch der Bauherrenschatz ist zu beachten. Eine gute personelle und technische Ausstattung der Bauämter in den Kommunen ist Garant für die schnelle Bearbeitung. Das Land muss die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen schaffen.



... muss ein effizienter Handlungsrahmen sein, um allen Beteiligten das Bauen in Nordrhein-Westfalen schneller, sicher und unbürokratischer zu ermöglichen. Das ist unser Anspruch. Dazu werden wir unter anderem das von Rot-Grün abgeschaffte, unbürokratische Freistellungsverfahren wieder einführen. Dies ist auch ein Beitrag, um viele Kommunen administrativ zu entlasten.

... ist erforderlich, um die von SPD und Grünen im Rahmen der Novelle der Landesbauordnung beschlossenen baukostensteigernden Maßnahmen noch aufhalten zu können. In der Zeit des Moratoriums werden wir das Gespräch mit allen Beteiligten suchen, um auf die an der rot-grünen Bauordnung vorgetragene Kritik sachgerecht reagieren zu können.

... wird die NRW-Koalition unter anderem durch Fördermaßnahmen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung unterstützen. Viele Barrieren treten nämlich erst im Laufe des Lebens auf. Es ist deshalb gut, Wohnungen so zu gestalten, dass auch körperlich eingeschränkte Menschen durch entsprechende Umbaumaßnahmen möglichst lange in ihrer Wohnung und im sozialen Umfeld leben bleiben können.

... ist dringend erforderlich. Die NRW-Koalition führt daher verbindliche Fristen zur Bearbeitung von Bauanträgen in den Kommunen ein. Weiter werden wir die kommunale Familie dabei unterstützen, ein einheitliches und digitales Verfahren zur Einreichung von Bauanträgen einzuführen. Anders als Rot-Grün werden wir auch Transparenz hinsichtlich der Dauer der Genehmigungsverfahren schaffen.



... wurde von Rot-Grün umfassend modernisiert. Insbesondere die Vereinfachung beim Bauen mit Holz, die Schaffung barrierefreier und rollstuhlgerechter Wohnungen, die Abschaffung des Freistellungsverfahrens, das in der Praxis zu mehr Prüfaufwand geführt hat, und die Übertragung der Stellplatzregelung auf die Kommunen sind die zentralen Verbesserungen im Vergleich zur seit 2000 gültigen Landesbauordnung.

... sorgt für eine Verschärfung der Wohnungsnot. Das hat die Anhörung noch einmal verdeutlicht. Zu befürchten ist eine Hängepartie, die Investor*innen abschreckt, dringend benötigte Wohnungen zu schaffen. In NRW fehlen in den nächsten zwei bis drei Jahren voraussichtlich 200.000 Wohnungen. Mit dieser unsozialen und kurzsichtigen Politik sitzt Schwarz-Gelb dieses Problem in verantwortungsloser Art und Weise aus.

... und rollstuhlgerechter Wohnraum sind wichtig, um allen Menschen in NRW so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihren eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Dazu hat sich Deutschland mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet. Allerdings hat NRW hier noch Nachholbedarf. Das Moratorium sorgt dafür, dass diese Fehlentwicklung weitergeht statt ihr entgegenzuwirken.

... ist ein wichtiger Baustein, um zeitnah den fehlenden Wohnraum schaffen zu können. Daher haben wir uns dafür eingesetzt, im Rahmen der Digitalisierungsoffensive die flächendeckende Digitalisierung der Baugenehmigungsverfahren in den Kommunen zu unterstützen. Gleichzeitig muss aber auch bedacht werden, dass Prüfprozesse in den Bauämtern oftmals der Gefahrenabwehr und damit dem Verbraucherschutz dienen.



... regelt über bauliche Anforderungen, wie die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet sowie soziale Mindeststandards sichergestellt werden. Das Regelwerk sollte daher nicht mit überzogenen Wunschvorstellungen außerhalb des Gesetzeszwecks überfrachtet werden, die systemfremd sind und zu unnötigen Kosten und Verfahrensaufwand führen. Nur so ist bezahlbarer Wohnraum möglich.

... ermöglicht es zu prüfen, welche Vorgaben als notwendige Verbesserung aufgenommen und welche als überzogener Ideologieballast aus der Landesbauordnung entfernt werden sollten. Sofern es gelingt, etwas in diesem Sinne sinnvoll zu ändern, können die Landesbauordnung von überflüssigen Stolpersteinen befreit und absehbar bezahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen gebaut werden.

... sind für immer mehr Menschen notwendig, um unbeschwert ihr Leben führen zu können. Barrierefreiheit betrifft insofern nicht nur den öffentlichen Raum, sondern auch den privaten Wohnbereich. Preiswerte Angebote sollten über verstärkte Förderung des Wohnungsbaus durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften oder gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften geschaffen werden.

... setzt vor allem zügige Genehmigungsverfahren und den Verzicht auf ideologisch überfrachtete Umweltvorschriften voraus. Auch der Einsatz von unkonventionellen und alternativen Wohnbaukonzepten durch Nutzung von Baulücken oder Dachgeschossen sowie der Einsatz von preisgünstigen Baustoffen wie Holzbauweise können hier einen Beitrag leisten.

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Wir stehen an der Seite unserer Jägerinnen und Jäger

Der Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen hat in dieser Woche den Vorstand des Landesjagdverbandes zu einem Antrittsgespräch begrüßt. Gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Bianca Winkelmann und Rainer Deppe bestätigte er, dass die notwendige Reform des Landesjagdgesetzes in enger Abstimmung und unter Einbeziehung aller Betroffenen erfolgen werde. In dem konstruktiven Gespräch wurde erneut deutlich, welche wichtigen Aufgaben das Jagdwesen in Nordrhein-Westfalen übernimmt.

Die CDU-Landtagsfraktion würdigt die Leistungen der Jägerinnen und Jäger insbesondere beim Natur- und Wildschutz, bei der Vor- und Nachsorge bei Wildunfällen sowie bei der Pflege eines traditionellen Brauchtums.

Angesichts der sich in Osteuropa ausbreitenden Afrikanischen Schweinepest (ASP) stand

die Eindämmung der Seuchengefahr im Mittelpunkt des Gesprächs. Um eine Verschleppung der ASP zu verhindern und Ansteckungsgefahr zu vermindern, ist es erforderlich, den Bestand an Wildschweinen deutlich abzusenken. Alle jagdlichen Mittel, die der Reduzierung des Schwarzwildbestandes dienen, sollen ergriffen werden. So hat die Landesregierung bereits die Schonzeit für führungslose junge Wildschweine



CDU-Fraktionsvorsitzender Bodo Löttgen (5. v. l.) und der stellv. CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Deppe (3. v. l.) mit dem Vorstand des Landesjagdverbandes NRW

(Überläufer) aufgehoben, sodass diese entnommen werden können. Weiterhin übernimmt das Umweltministerium einen Großteil der Kosten für die Untersuchung auf Parasiten (Trichinenschau) bei Frischlingen. Der Landesjagdverband und die Teilnehmer der CDU-Fraktion werden sich gemeinsam dafür einsetzen, alles zu unternehmen, um ein Übergreifen der Afrikanischen Schweinepest (ASP) auf Nordrhein-Westfalen zu verhindern und sprechen sich für schnellstmöglich koordinierte Gegenmaßnahmen aus. Wir als CDU-Fraktion stehen an der Seite unserer Jägerinnen und Jäger!



Die Landtagsfraktion
CDU

Militärforschung unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit

Zum Vorhaben der schwarz-gelben Landesregierung, die „Zivilklausel“ im Hochschulgesetz zu streichen, erklärt Dietmar Bell, wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: In einem internationalen Umfeld, das durch den Verlust von demokratischen Mindeststandards und der Zunahme militärischer Konflikte geprägt ist, ist es Aufgabe von Hochschulen, sich der eigenen Verfasstheit zu vergewissern. Nichts anderes, als dies einzufordern und Mindeststandards aus

Sicht des Gesetzgebers zu formulieren, haben wir 2014 durch die Neuformulierung des § 3 Abs. 6 im Hochschulzukunftsgesetz getan. Deshalb ist es zur Versachlichung der Debatte offenbar not-



Dietmar Bell, wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

wendig, den Wortlaut der Vorschrift noch einmal darzustellen: „§3 (6) Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach. Das Nähere zur Umsetzung dieses Auftrags regelt die Grundordnung.“ Diese abschließende Formulierung als bürokratische Fessel zu beanstanden, wie es die schwarz-

gelbe Landesregierung tut, ist absurd. Wer diese Formulierungen nicht mittragen kann, sollte sich nicht hinter der Freiheit der Hochschulen verstecken, sondern sagen, was er inhaltlich wirklich

will. Uns ist bisher kein einziger Fall vorgetragen worden, wo Formulierungen, die in den Grundordnungen durch die Hochschulen gefunden worden sind, die Wissenschaftsfreiheit behindert hätten. Vielmehr hat die neue gesetzliche Regelung viele Konflikte an und in den Hochschulen deeskaliert. NRW sollte stolz darauf sein, dass die Hochschulen des Landes sich ihrer besonderen Verantwortung in dieser Welt bewusst sind und diese Rolle aktiv und selbstbewusst wahrnehmen. Dazu passt die nun begonnene Debatte nicht. Vielmehr zeigt sie, wie wenig Neigung bei der Mitte-Rechts-Koalition besteht, konkrete Verantwortung für und mit unseren Hochschulen zu übernehmen.



Chancengerechtigkeit durch „Talent-Schulen“ verbessern

Wie kann die Politik die Bildungschancen von Kindern weniger abhängig von ihrer sozialen Herkunft machen? Diese Frage beschäftigt die FDP. „Für uns ist es ein nicht hinnehmbarer Zustand, dass 4.500 Schüler in NRW die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss verlassen. Wir wollen nicht tatenlos zuschauen, wie halbe Jahrgänge nicht mal die grundlegenden Kompetenzwerte erreichen“, sagte Franziska Müller-Rech, schulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Deshalb will die Koalition in den sozial schwierigsten Stadtteilen des Landes 30 Talent-Schulen mit innovativen pädagogischen Konzepten und modernster Ausstattung ermöglichen. Dabei stehen drei Ziele im Fokus: 1. Talente zu entdecken und zu fördern, wo sie zu oft nicht erkannt werden. 2. Die Stigmatisierung

einzelner Stadtteile zu durchbrechen, indem gerade dort die besten Lernbedingungen geschaffen werden. 3. Bildungschancen gerechter und weniger abhängig von der sozialen Herkunft zu gestalten. Um die Idee auf eine solide Basis zu stellen und ihre Umsetzung voranzutreiben, hat die FDP-Fraktion eine Studie in Auftrag gegeben. Bildungsforscher Helmut E. Klein hat dafür Lernstandserhebungen ausgewertet. Die Studie belegt deutlich, dass Bildungschancen im hohen Maße vom sozialen Umfeld abhängig sind.

In Schulen des Standorttyps 5 – dieser zeichnet sich durch überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, einen hohen Anteil an Hartz-IV-Beziehern und einen großen Migrationshintergrund aus – erreichen in Hauptschulen, Realschulen und Schulen des längeren gemeinsamen Lernens



über die Hälfte der Schüler keine Regelstandards. Klein empfiehlt daher, mit den Talent-Schulen beim Standorttyp 5 anzusetzen. Bei einem Werkstattgespräch hat die FDP-Fraktion Talent-Schulen mit Experten und Gästen diskutiert. ■

Freie Demokraten
Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Weltklimakonferenz-Gastgeber Nordrhein-Westfalen muss beim Klimaschutz vorangehen

Die Welt hat in diesen Tagen nach NRW geblickt, zur Klimakonferenz nach Bonn. Wie werden die Pariser Klimaziele umgesetzt? Wie stoppen wir die Erderwärmung? Diese Fragen standen im Fokus der Konferenz unter der Präsidentschaft von Fidschi, wo bereits Dörfer dem steigenden Meeresspiegel weichen. Nicht nur als Gastgeber hat NRW eine besondere Verpflichtung, beim Klimaschutz voranzugehen. Auch

weil mehr als 30 Prozent der deutschen Treibhausgase in NRW freigesetzt werden. Eine Studie des WWF belegt: Setzen CDU und FDP ihren Koalitionsvertrag um, verfehlt Deutschland die Klimaziele. Dabei wünscht sich die Mehrheit laut einer aktuellen Umfrage den Kohleausstieg und gibt Umwelt- und Klimaschutz im Zweifel Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung bekennt sich zum Pariser Klimaschutzabkommen, torpediert es aber. CDU und FDP klammern sich an die Braunkohle, statt dreckige Kraftwerke einzumotten und den Strukturwandel endlich einzuleiten. Sie fesseln die Windenergie und bedrohen Tausende zukunftsfähige Jobs. Klimaschutz und die Reduzierung der Treibhausgase sind ohne einen Kohleausstieg und den Ausbau Erneuerbarer Energien aber nicht möglich.

In einem Antrag hat die GRÜNE Fraktion die Landesregierung daher u.a. aufgefordert, sich für beides einzusetzen und Projekte zum Klimaschutz von Akteur*innen aus NRW und anderen Regionen der Erde verstärkt zu unterstützen. Wir haben die Weltklimakonferenz auch in den Landtag geholt. In unserer Fraktionsitzung haben sechs Teilnehmer*innen aus dem Amazonasgebiet, Uganda und Taiwan (Foto) eindrucksvoll von ihrem Engagement und den Auswirkungen des Klimawandels in ihrer Heimat berichtet. Wir müssen ihn – auch aus NRW – stoppen. ■



GRÜNE
IM LANDTAG NRW

Eigenständige Kultur ist etwas Wunderbares

Vor einigen Tagen war die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen auf Einladung unseres Landtagspräsidenten André Kuper im Landtag zu Gast. Man konnte zahlreiche in traditionelle Trachten gehüllte Akteure bewundern, einer Siebenbürger Blaskapelle lauschen und einige Spezialitäten aus der Siebenbürger Küche probieren.

Die Siebenbürger Sachsen sind eine deutschsprachige Minderheit im heutigen Rumänien und pflegen immer noch ihr bis auf das 12. Jahrhundert zurück gehende Kulturgut. Sie unterscheiden sich darin nicht von Bayern, Holsteinern, Hessen, Westfalen, Sachsen oder Schwarzwäldern; man könnte diese Reihe noch sehr lange fortsetzen. Gemeinsam ist ihnen das Deutsche, und doch unterscheiden sie sich in vielem recht deutlich – das ist das Bunte.

So bedarf es keineswegs des Imports fremder Riten und Bräuche, um Multikulturalität zu etablieren. Umgekehrt ist es der Austausch zwischen den Kulturen, nicht ihre Verschmelzung, der sie so wertvoll macht. Wenn die AfD-Fraktion im Landtag von „Heimat“ spricht, hat sie kein angestaubtes Idyll einer Schwarzweißfotografie im Sinn, sondern die Solidität des Bodens, auf dem unsere Demokratie, unsere Werte und damit die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde fußen. Es mag im Widerspruch zu ihrer zeitgeistigen Leugnung stehen, doch die vielen Errungenschaften auf der Basis deutscher Tugenden auszublenden, ist nichts weniger als Geschichtsvergessenheit und gleichzeitig Schranke für die Zukunft.

Es ist uns ein großes Anliegen, Kultur nicht auf Museen, Bücher, Ausstellungen oder

Konzerte beschränkt zu sehen, sondern ihre Bedeutung für den Alltag in Erinnerung zu rufen. Kultur ist vor allem die Vereinbarung über die Form des Zusammenlebens, regelt den Umgang miteinander über die Gesetzgebung hinaus und sorgt für eine klare Identität. Es ist wunderbar, dass es so viele unterschiedliche Vorstellungen gibt, dass man merkt, wenn man nach Frankreich, Italien, die Türkei oder Island kommt, weil man dort etwas Neues erleben – aber eben auch wieder zurück in die Heimat kommen kann. ■

Alternative für Deutschland
Landtagsfraktion NRW



Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Mehr Touristen

18.10.2017 – Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat sich mit dem Tourismus in Nordrhein-Westfalen befasst. Dr. Heike Döll-König, Geschäftsführerin des Vereins Tourismus NRW, wies in ihrem Bericht darauf hin, dass die Branche in NRW im siebten Jahr in Folge ein Wachstum aufweise und die Zahl der Übernachtungen von 2009 bis 2016 um 23,3 Prozent zugelegt habe. **Ralph Bombis** (FDP) sagte, dass der Tourismus in NRW als „eigener Wirtschaftsfaktor“ zu betrachten sei, dessen Bedeutung in Zukunft steigen werde. **Horst Becker** (Grüne) wies auf die Potenziale von Wander- und Radwanderwegen für den Tourismus in ländlichen Räumen hin. **Henning Rehbaum** (CDU) bemerkte, dass der Erfolg der NRW-Tourismusbranche auf einem Beschluss der von CDU und FDP geführten Landesregierung aus 2005/06 gründe. **André Stinka** (SPD) sagte, dass angesichts unregelmäßiger Arbeitszeiten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Tourismus gefördert werden müsse.

„Fall Amri“

20.10.2017 – Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss I („Fall Amri“) hat mit der Vernehmung von Zeugen begonnen. In der Sitzung am 20. Oktober 2017 wurde zunächst ein sachverständiger Zeuge des Bundesinnenministeriums zur Einreise von Anis Amri, zu dessen Biografie und zum Attentat am 19. Dezember 2016 auf einen Berliner Weihnachtsmarkt befragt. Bei dem Attentat waren zwölf Menschen getötet und 50 zum Teil schwer verletzt worden. Der Landtag hatte den Ausschuss in seiner ersten Sitzung am 1. Juni 2017 eingesetzt, um etwaige Versäumnisse der Landesregierung, der Staatskanzlei sowie einzelner Ministerien und Behörden im Umgang mit dem tunesischen Islamisten Anis Amri, seinem Umfeld und möglichen Unterstützern zu untersuchen.

Damit wird die Arbeit des vormaligen Untersuchungsausschusses V der letzten Wahlperiode, der seine Ermittlungen nicht zu Ende führen konnte, fortgesetzt.

Rückkehr zu G9

8.11.2017 – In einer Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung haben sich Sachverständige am Mittwoch, 8. November 2017, zum Antrag der AfD-Fraktion „Rückkehr zu G9 bis 2018 – Keine weiteren Unsicherheiten und Verzögerungen auf dem Rücken der Schulen“ ([17/72](#)) geäußert. Die Fraktion fordert, dass Gymnasien in Nordrhein-Westfalen bereits zum Schuljahr 2018/2019 zum Abitur nach 9 Jahren zurückkehren können und nicht erst, wie von der Landesregierung vorgesehen, zum Schuljahr 2019/2020. Die Mehrzahl der Sachverständigen riet davon ab, dem AfD-Antrag zu folgen. Die kommunalen Schulträger seien darauf angewiesen, dass das Gesetz zu einem Zeitpunkt in Kraft tritt, der realistisch umgesetzt werden könne, befand zum Beispiel der nordrhein-westfälische Städtetag. Gerade bei Schulen gelte der Grundsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“. Erforderlich sei eine „sorgfältige und gründliche Vorbereitung“, bestätigte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

„Paradise Papers“

9.11.2017 – Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich mit den „Paradise Papers“ befasst. Sie zeigen, wie Konzerne und Privatpersonen international Steueroasen nutzen. Der Staatssekretär im Finanzministerium, **Dr. Patrick Opdenhövel**, sagte, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung bei der Aufklärung sowie der Auswertung der Papiere helfen werde, wobei aktuell in NRW noch keine verwertbaren Daten vorlägen. Die Landesregierung werde aber „alle rechtlich zulässigen Mittel einsetzen, um an die Daten zu gelangen.“ **Ralf Witzel**

(FDP) betonte, dass im Einzelfall zu prüfen sei, wie Behörden an Daten kämen und bei der Beschaffung die „Regeln des Rechtsstaats“ zu beachten seien. **Stefan Zimkeit** (SPD) wies darauf hin, dass der eigentliche Skandal bei den „Paradise Papers“ darin liege, dass Konzerne und Einzelpersonen Steuern auf legalem Weg vermeiden könnten und sich ihnen dazu „Scheuenerntore“ in der aktuellen Gesetzgebung böten. **Monika Düker** (Grüne) forderte die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass Einträge im bundesweiten Transparenzregister öffentlich zugänglich sein sollten. Das Register wurde zum 1. Oktober 2017 gegründet, um Geldwäsche zu verhindern und Personen hinter juristisch verschachtelten Konstruktionen kenntlich zu machen. **Bernd Krückel** (CDU) betonte, dass eine „europäische Lösung“ nötig sei, um Steuermeidern beizukommen, da einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihnen nach wie vor Schlupflöcher gewährten.

Bürgersprechstunde

4.12.2017 – Am Montag, 4. Dezember 2017, findet zwischen 15 und 18 Uhr eine Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses im Landtag, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, statt. Die Menschen aus der gesamten Region können die Möglichkeit nutzen, den Abgeordneten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Petitionsausschusses ihre Probleme mit Kommunal- und Landesbehörden zu schildern. In einigen Fällen kann erfahrungsgemäß sofort Rat erteilt werden. Der Petitionsausschuss des Landtags hilft Bürgerinnen und Bürgern, die sich von einer Landesbehörde falsch behandelt fühlen. Die Abgeordneten nehmen sich der einzelnen Fälle an und versuchen, je nach Sachlage mit den Beteiligten gemeinsame Lösungswege zu finden. Bürgerinnen und Bürger, die ihr Anliegen persönlich vorbringen möchten, sollten sich unter Telefon 0211/884-2506 oder -2938 für den Sprechtag anmelden, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden.

Lenkungsgruppe zur Zukunft von „Stalag 326“

Landtagspräsident André Kuper hat eine Lenkungs- und Steuerungsgruppe ins Leben gerufen, um die Arbeit der Dokumentationsstätte Stalag 326 im ostwestfälischen Schloß Holte-Stukenbrock zu sichern, zukunftsfest zu machen und den Standort zu einer Gedenkstätte von nationaler Bedeutung weiterzuentwickeln. Die konstituierende Sitzung des Gremiums fand am 6. November 2017 im Rathaus der Stadt statt.

Auf dem heutigen Gelände der Landespolizeischule (LAFP – Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW) erinnern die Dokumentationsstätte Stalag 326 (VI K) Senne sowie der in der Nähe gelegene Ehrenfriedhof der Kriegstoten an die unmenschliche Behandlung von Kriegsgefangenen während des Zweiten Weltkriegs. In dem Lager wurden zwischen Sommer 1941 und Frühjahr 1945 vorwiegend sowjetische Kriegsgefangene, aber auch Kriegsgefangene mit anderer Nationalität untergebracht. Zehntausende starben in dem Lager. Nach dem Zweiten Weltkrieg diente der Standort von 1946 bis 1972 dem „Sozialwerk Stukenbrock“. Unter der Leitung und Aufsicht des Sozialministeriums und mit Unterstützung der westfälischen Wohlfahrtsverbände wurden etwa 220.000 Vertriebene und Flüchtlinge, darunter rund 72.000 der 90.000 elternlosen Kinder, im Sozialwerk untergebracht und versorgt.

„Impulse bündeln“

Landtagspräsident Kuper sagte: „In den vergangenen Jahren sind von unterschiedlichen Akteuren viele neue Impulse zu einer Weiterentwicklung der Gedenkstätte gegeben worden. Wir wollen diese Impulse bündeln, um Stalag 326 / Sozialwerk als bedeutende Erinnerungs-, Dokumentations- und Gedenkstätte zu erhalten, fortzuentwickeln und in die Zukunft zu führen. Die heute gegründete Lenkungsgruppe wird dafür die notwendige Koordination leisten und Denkanstöße zur künftigen Finanzierung geben.“

Die Lenkungsgruppe konnte sich u. a. auf die Erarbeitung eines Konzepts einigen, das in einem Jahr fertig sein soll. Darüber hinaus verständigten sich die verschiedenen Akteure auf kurz-, mittel- und langfristige Ziele, um die Arbeit der Gedenkstätte und des Sozialwerks wissenschaftlich aufarbeiten und danach entwickeln zu können.

Mehr Informationen zu dem Thema finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Porträt: Angela Freimuth (FDP)

Wenn etwas nicht so funktioniert wie es sollte, dann kann Angela Freimuth schon mal „auf die Palme“ gehen, wie sie selbst sagt. Die FDP-Politikerin kümmert sich zur Not auch um die Verkabelung des Computers in ihrem Landtagsbüro, das sie nach der erneuten Wahl zur Landtagsvizepräsidentin erst kürzlich bezogen hat. Es ist kein repräsentativer Raum, eher ein helles, vielleicht nüchternes Arbeitszimmer, in dem nur wenige Dinge an den Privatmenschen Angela Freimuth erinnern. Etwa ein Bild an der Wand hinter ihrem Schreibtisch, das kleine Hand- und Fußabdrücke aus der Kindergartenzeit ihres mittlerweile fast elfjährigen Sohnes zeigen. Oder etwa der Druck „Map“ des amerikanischen Künstlers Jasper Johns, der die stilisierte Landkarte der USA in seiner unnachahmlichen Pop-Art darstellt.

„Etwas Handfestes“

Die 51-jährige Politikerin blickt auf einen ungewöhnlichen Lebenslauf zurück. Nach dem Abitur in ihrer Heimatstadt Lüdenscheid im Jahr 1985 hatte sie erst einmal genug von allem Theoretischen. „Ich wollte etwas Handfestes machen“, sagt sie. Sie begann eine Lehre als Werkzeugmacherin. Dort lernte sie viele Menschen schätzen, die mitten im Leben standen, hart arbeiteten, um für sich und ihre Familien Chancen zu eröffnen. Sie traf auch auf Studenten, die ihr Praktikum im Betrieb absolvierten und sich manchmal für etwas Besseres hielten. Pech für jene angehenden Ingenieure, wenn Angela Freimuth diesen Schnupper-Azubis die Gelegenheit eröffnete, auch durch händische spanende Metallverarbeitung die Fachkenntnisse und Fertigkeiten der Kollegen schätzen zu lernen.

Nach der Lehre nahm sie ein Jura-Studium in Bonn auf, das sie als Volljuristin abschloss. Anschließend arbeitete sie als Rechtsanwältin (Fachgebiet Steuer- und Insolvenzrecht). 1987 setzte sie sich erstmals intensiv mit Politik auseinander. Die FDP, der sie mittlerweile 30 Jahre angehört, war damals keineswegs ihr Favorit. „Ich schätzte Helmut Schmidt, die Grünen fand ich auch ganz sympathisch.“ Ihre Wahl fiel aber dann doch auf die FDP, nachdem sie alle Wahlprogramme sorgfältig verglichen hatte. Ausschlaggebend war wohl auch, dass es „so unkompliziert war, in der FDP zu diskutieren“. Im Ortsverband Lüdenscheid wurde sie bald Vorsitzende der Jungen Liberalen, plante für die Aufgabe aber nur ein Jahr ein, weil sie danach in die USA auswandern wollte. Die junge Politikerin hat Verwandte in Amerika und fühlt sich den Vereinigten Staaten auch heute noch als Vorsitzende der Parlamentariergruppe NRW-USA im Landtag verbunden.



Mit dem Auswandern wurde es aber dann nichts, stattdessen startete sie politisch durch. Unter dem damals umstrittenen Parteichef Jürgen W. Möllemann geriet die FDP in schwieriges Fahrwasser. „Für Pessimisten ist die FDP keine Partei“, erinnert sich Angela Freimuth. Optimismus und Ideen wurden anerkannt, 1994 wurde sie in den Landesvorstand gewählt. Bei der Landtagswahl 1995 reichte ihr Listenplatz noch nicht für den Einzug in den Landtag. Fünf Jahre später schaffte sie den Sprung ins Parlament und ist seitdem Abgeordnete, die sich sowohl im Haushalt als auch im Kultur- und Wissenschaftsbereich auskennt und engagiert. Herzensanliegen waren für sie beispielsweise die Implementierung der Doppik, die Schuldenbremse oder die Verzahnung von Kultur und Schule. Es sei wichtig, Kultur aus einem elitären Bereich zu lösen und Kinder und Jugendliche zu interessieren und ihre Kreativität zu fördern: „Auch Digitalisierung verlangt innovatives und kreatives Denken, wenn wir sie erfolgreich gestalten wollen.“

Mittlerweile ist Angela Freimuth mit Unterbrechung sieben Jahre Vizepräsidentin des Landtags. Diese Aufgabe erfüllt sie routiniert und doch mit einem großen Herzen, etwa wenn sich Parlamentarier in der Hitze des Redegefechts einmal im Ton vergreifen. Dann baut sie den Kolleginnen und Kollegen Brücken, damit sie den Fehler korrigieren und ihr Gesicht dennoch wahren können. Das sei für sie eine Frage der gegenseitigen Wertschätzung. Sie habe in diesem Landtag tolle Persönlichkeiten über Fraktionsgrenzen hinaus kennen und schätzen lernen dürfen, die hart dafür arbeiteten, diese Gesellschaft voranzubringen und Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu suchen.

Heinz Tutt

Zur Person

Angela Freimuth (51), 2. Vizepräsidentin des nordrhein-westfälischen Landtags, ist verheiratet und Mutter eines Sohnes. Sie ist seit 2. Juni 2000 Landtagsabgeordnete.

Kurz notiert

Besuch aus dem Kosovo

Landtagspräsident André Kuper hat am 8. November 2017 den Minister für Infrastruktur der Republik Kosovo, Dr. Pal Lekaj, im Parlament empfangen. Der Minister wurde begleitet von der Parlamentsabgeordneten Teuta Haxhiu. Beide trugen sich in das Gästebuch des Landtags ein. Landtagspräsident Kuper hob die Bedeutung des internationalen Austauschs hervor. Der Präsident sagte: „Ich freue mich sehr über den Besuch von Minister Dr. Lekaj. Der Landtag schätzt das Gespräch mit internationalen Gästen. Wir brauchen die Kooperation zwischen den Staaten, denn je vernetzter die Welt ist, desto wichtiger ist es, im Schulterschluss zu handeln. Nur gemeinsam kann es uns gelingen, Frieden, Demokratie und Wohlstand zu sichern.“ In einem Arbeitsgespräch tauschte sich der Landtagspräsident mit den Gästen über die Themen Straßenbau und Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen und im Kosovo aus.

Wetten, dass ...?

Mit Kaffee und Kuchen hat der Landesjugendring NRW am 16. November 2017 die Abgeordneten des Landtags bewirtet. Der Verband löste damit eine Wettschuld ein: Er hatte vor der Landtagswahl im Mai dieses Jahres mit den damaligen Fraktionsvorsitzenden gewettet, dass es die Mehrheit der Abgeordneten nicht schafft, eine Jugendverbandsgruppe zu besuchen und dazu unter dem Hashtag #jungesnrw einen Post abzusetzen – und verloren. Fast 60 Prozent der damaligen Abgeordneten machten sich vor Ort ein Bild von der Arbeit der Jugendverbände.

Gestorben

12.10. Prof. Dr. Horst Posdorf (CDU/69)
MdL 1985-2000

Neue Ausgabe

Die letzte Ausgabe von Landtag Intern 2017 erscheint in der Woche nach den Weihnachtstagen. Sie berichtet u. a. über die beiden letzten Plenarwochen und gibt einen Überblick über alle wichtigen parlamentarischen Themen des zu Ende gehenden Jahres.

60 Jahre Pate und Partner

Mit einer Feierstunde haben der Landtag und die Siebenbürger Sachsen in Deutschland am 10. November 2017 an ein besonderes Datum erinnert: Vor 60 Jahren, am 7. Januar 1957, hatte das damalige Landeskabinett unter Ministerpräsident Fritz Steinhoff beschlossen, die Patenschaft für die Landsmannschaft zu übernehmen. Landtagspräsident André Kuper (kleines Bild l.) konnte gemeinsam mit der Bundesvorsitzenden und dem Präsidenten des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, Herta Daniel und Dr. Bernd Fabritius (3. und 4. v.l.), rund 250 Gäste im Plenarsaal begrüßen. Darunter war auch die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW, Ina Scharrenbach (2.v.l.), die für die Landesregierung Grußworte sprach. In seiner Festrede sagte Präsident Kuper: „Wir sind gerne Ihre Paten und auch Partner und wir sind dankbar, dass viele Siebenbürger Sachsen gerade auch in Nordrhein-Westfalen ihre neue Heimat gefunden haben. Sie haben dieses Land mit aufgebaut und bereichern unser Leben mit Ihrem Engagement und Ihrer Kultur bis heute.“



Fotos: Schälte

